

Um zu versuchen, ein Mandat zu erhalten, diesen Antrag mit anderen Kanadiern zu erörtern, schlägt die Regierung von Québec die Durchführung eines Referendums in der Provinz in wenigen Monaten vor. Der Entwurf einer Frage für dieses Referendum wurde mit dem folgenden Wortlaut dem Provinzparlament vorgeschlagen: „Die Regierung von Québec hat ihren Vorschlag, bezüglich einer neuen Übereinkunft mit dem restlichen Kanada auf der Grundlage der Gleichheit von Nationen zu verhandeln, vorgelegt. Diese Übereinkunft würde Québec in die Lage versetzen, die alleinige Hoheit zu erlangen, Gesetze zu erlassen, Steuerverträge zu verwalten und Beziehungen außerhalb einzugehen – mit anderen Worten, die Souveränität, mit Kanada jedoch gleichzeitig eine wirtschaftliche Verbindung einschließlich einer gemeinsamen Währung aufrechtzuerhalten.

Jedwede Änderung des politischen Status, die sich aus diesen Verhandlungen ergibt, wird der Bevölkerung durch ein Referendum vorgelegt. Geben Sie, auf der Grundlage dieser Voraussetzungen, der Regierung von Québec das Mandat, über das vorgeschlagene Abkommen zwischen Québec und Kanada zu verhandeln?“

Der endgültige Text wird Gegenstand einer Kampagne zwischen Gruppierungen, die das Regierungskonzept von assoziierter Souveränität befürworten und solchen, die ihn ablehnen, sein.

Obwohl die Parti Québécois derzeit in Québec Regierungspartei ist und im Provinzparlament die Mehrheit hat, ist sie nicht die einzige Stimme in der Provinz. Die Liberale Partei unter ihrem

Vorsitzenden Claude Ryan sieht die Zukunft Québecons im Rahmen eines erneuerten föderalen Systems, in dem Québec mit seiner überwiegend französisch sprechenden Bevölkerung besonders Rechnung getragen wird.

Die Opposition der Liberalen Partei der Provinz gegenüber den Vorschlägen der Parti Québécois widerspiegelt sich in der Opposition der Parteien auf Bundesebene und aller Provinz-Ministerpräsidenten gegen dieses Konzept. Obgleich die Bundesregierung unter Premierminister Clark angekündigt hat, sie werde sich nicht an der Referendums-Kampagne beteiligen, hat der Premierminister deutlich gemacht, daß seine Regierung die Vorschläge der Parti Québécois ablehnt.

Gleichzeitig stimmen Bundesregierung und die Regierungen aller Provinzen darin überein, daß die föderale Struktur Kanadas den Erfordernissen der heutigen Gesellschaft Rechnung tragen muß; dazu gehört die Notwendigkeit, Wandel dergestalt zu akzeptieren, daß das kanadische Wirtschaftswachstum sich gesund entwickelt und daß Kanadier die Verschiedenheit ihrer Abstammung angemessen äußern können.

In der Tat ist die Bundesregierung – im Gegensatz zu Forderungen der gegenwärtigen Provinzregierung von Québec – darauf vorbereitet, in einer Reihe von Bereichen den Anspruch der Provinzautoritäten auf größere Verantwortlichkeit wohlwollend zu betrachten. Die Bundesregierung unter Premierminister Clark hat eine Politik pragmatischer Lösungen von Problemen im Bereich der Beziehungen zwischen Bund und Provinzen eingeleitet; zum Beispiel hat die Bundesregierung den Provinzen eine größere Verantwortlichkeit im Rohstoff-Bereich, beson-

ders in bezug auf den Festlandssockel, eingeräumt.

In der Thronrede anlässlich der Eröffnung des Parlaments im Oktober bestätigte die Bundesregierung, daß sie „die Vielfalt Kanadas als einen großen nationalen Besitz sieht und entschlossen ist, die Entwicklung und Artikulierung dieser Vielfalt zu fördern und nicht zu behindern“. Diese Position seitens der Regierung begründet in verfassungsmäßiger Form die Bejahung der erstaunlichen demographischen und ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Zwischen 1871 und 1911 verdoppelte sich die Bevölkerung von 3,7 auf 7,2 Millionen. Seither hat sie sich auf fast 24 Millionen verdreifacht. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 30 Jahre war noch erstaunlicher. Seit 1949 hat sich das Bruttosozialprodukt verzehnfacht, und die Planung für die 80er Jahre sieht ein Investitionsvolumen von über 300 Mrd. Dollar vor, von denen 37 Prozent für den Energiebereich vorgesehen sind. Aufgrund dieser Entwicklung ist nicht nur die Zusammensetzung der Bevölkerung – durch Einwanderung aus allen Teilen der Welt – viel heterogener geworden, ein Trend, der sich in dem wachsenden Engagement der Bundesregierung wie auch der Provinzregierungen in der Förderung der kulturellen Entfaltung aller Volksgruppen im Rahmen der Multikulturalismuspolitik widerspiegelt. Von noch weiterreichender Bedeutung ist die Tatsache, daß verschiedene Regionen sich wirtschaftlich sehr unterschiedlich entwickelt haben. Die Prärieprovinzen, die in den 30er Jahren bittere Jahre der Dürre und Armut erlebten, sind die Rohstoffriesen von heute. Gleichzeitig hat sich die industrielle Entwicklung weit stärker auf Mittelkanada als auf sonst irgendwo konzentriert, während Ostkanada dazu tendierte, zurückzubleiben. Die wachsende wirtschaftliche Potenz des Westens und besonders die von allen Provinzen gewonnene Erkenntnis der Bedeutung jeglicher Rohstoffe hat ihren Ausdruck in dem Wunsch der Provinzautoritäten nach erweiterter Kontrolle der Hebel ihres Wirtschaftswachstums gefunden. Zugleich muß die Regierung sicherstellen, daß Kanadas Wachstum als Ganzes durch ihr Handeln ausgewogen und gerecht ist, und zwar in einer internationalen Umgebung, die immer empfindlicher und komplexer wird. Diese Aufgabe erfordert – und darauf hat der Premierminister bei zahlreichen Anlässen verwiesen – auf allen Regierungsebenen in Kanada die dringende Notwendigkeit von Einvernehmen und Zusammenarbeit.

